

P1 Beschluss des Protokolls der 35. Bundesmitgliederversammlung

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 13.05.2017

Protokoll der 35. Campusgrün-Bundesmitgliederversammlung vom 10.-12. März 2017 in Halle/Saale

1 **Redeleitung:** Nina und Benjamin

2 **Protokollant:** Christian

3 *Abstimmungsergebnisse werden in der Form (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)*
4 *angegeben. Bei Abstimmungsergebnissen mit dem Vermerk „M“ wurden nur die*
5 *Mehrheitsverhältnisse festgestellt.*

6 1. Begrüßung

7 Andreas begrüßt die Anwesenden.

8 2. Formalia

9 **2.1. Wahl der Redeleitung**

10 Nina stellt den GO-Antrag offen über das Präsidium abzustimmen. Abstimmung:
11 (M:2:0)

12 Nina und Benjamin stellen sich zur Wahl. Nina und Benjamin sind einstimmig
13 gewählt worden.

14 **2.2. Wahl der Protokollant*innen**

15 Nina schlägt vor, dass gleiche Wahlverfahren bei den Protokollant*innen
16 anzuwenden. Der Antrag wurde mit (M:0:2) angenommen.

17 Hermann und Christian stellen sich zur Wahl. Beide sind einstimmig wählt worden.

18 **2.3. Beschluss der Tagesordnung**

19 Der Bundesvorstand stellt den Antrag TOP 11 vor TOP 8 zu behandeln. Der Antrag
20 ist mit (M:0:1) angenommen.

21 Die Tagesordnung wird mit (M:0:2) angenommen.

22 **2.4. Beschluss der Geschäftsordnung**

23 Die Geschäftsordnung wird mit (M:0:2) angenommen.

24 **2.5. Feststellung der Beschlussfähigkeit und**
25 **Anwesenheit**

26 Anwesende Delegierte:

27 Marburg: Madelaine

28 Darmstadt: Andreas, Nina

29 Wernigerode: Maxi, (Robin), Karo

30 Köln: (Dario), Ricarda, Maren, (Pascal)

31 Hamburg: Miriam, Ben, (Christian)

32 Frankfurt: Ben, (Conny)

33 Stendal: Robert, (Robin)

34 Landau: Danny, Hannah,

35 Rostock: Lucas, Rahel

36 Halle: (Lasse), Hermann

37 Wuppertal: Dennis, (Benjamin), (Maximilian)

38 Berlin: Leopold

39 Die Mitgliederversammlung ist somit beschlussfähig, da fristgerecht eingeladen
40 wurde und mehr als ein Zehntel der Mitgliedsgruppen anwesend sind. Das ist der
41 Fall. Es gibt keine Gegenrede.

42 **2.6. Beschluss des Protokolls der 34.** 43 **Bundesmitgliederversammlung**

44 Das Protokoll der 34. Bundesmitgliederversammlung ist mit (M:0:3) angenommen.

45 3. Aufnahme neuer Gruppen

46 **3.1. Grüne Hochschulgruppe Stendal**

47 Robert stellt die Hochschulgruppe vor.

48 Die Hochschulgruppe Grüne Hochschulgruppe Stendal beantragt auf der
49 Mitgliederversammlung als Mitgliedsgruppe aufgenommen zu werden. Der Antrag wird
50 einstimmig angenommen.

51 **3.2. CampusGrün Landau**

52 Danny stellt die Hochschulgruppe vor.

53 Die Hochschulgruppe CampusGrün Landau beantragt auf der Mitgliederversammlung
54 als Mitgliedsgruppe aufgenommen zu werden. Der Antrag wird einstimmig
55 angenommen.

56 **3.3. Campus Grün Oldenburg**

57 Pascal stellt die Hintergründe für die Gründung der Hochschulgruppe dar.

58 Die Hochschulgruppe Campus Grün Oldenburg beantragt auf der
59 Mitgliederversammlung als Mitgliedsgruppe aufgenommen zu werden.

60 Pascal stellt den GO-Antrag auf Vertagung, da Campus Grün Oldenburg nicht
61 anwesend ist. Es gibt keine Gegenrede. Damit ist der GO-Antrag angenommen.

62 **4. GRAS - grün-alternative Studierendenbewegung Wernigerode" (der HS Harz)**

63 Robin stellt die Hochschulgruppe vor.

64 Die Hochschulgruppe GRAS - grün-alternative Studierendenbewegung Wernigerode"
65 (der HS Harz) beantragt auf der Mitgliederversammlung als Mitgliedsgruppe
66 aufgenommen zu werden. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

67 **5. Campusgrün Kleve**

68 Es gibt ein neues Mitglied über den Landesverband NRW. Dies ist Campusgrün Kleve

69 4. Aufnahme neuer Landesverbände

70 Es liegen keine Anträge vor.

71 5. Berichte

72 **5.1. Berichte aus den Gruppen**

73 Marburg:

74 Die Gruppe ist mit neun von einundvierzig Sitzen im Studierendenparlament
75 vertreten, welche den AStA mittragen. Themen waren Verkehr, Umwelt. Es wird
76 einmal pro Monat eine Fahrraddemonstration organisiert. Im Bistro gibt es
77 veganen Aufstrich. Es gibt auch eine Umfrage zur Gesundheit, welche in
78 Zusammenarbeit mit Psycholog*innen noch ausgewertet werden muss.

79 Darmstadt:

80 Die Gruppe verfügt mit den anderen Listen über eine zwei Drittelmehrheit im
81 Studierendenparlament. Sie stellt im AStA den Vorstand und einige Referate. Die
82 AStA-Koalition besteht nur aus linken Listen ohne RCDS und LHG.

83 Wernigerode:

84 Die GRAS aus Wernigerode hat sich Ende letztes Semester gegründet. Sie sind auf
85 dem Weg an ihrer Hochschule als Initiative anerkannt zu werden. Es ist eine
86 Veranstaltung mit der Heinrich Böll Stiftung geplant. Man möchte das
87 Mensaangebot in Wernigerode verbessern.

88 Köln:

89 Seit diesem Jahr stellen campus:grün, die Liste, HSG SoWi sowie die Jusos den
90 AStA. Es gibt auch neue Leute in der Gruppe. Im Mai gibt es eine Veranstaltung
91 zum Brexit und zum Rechtsruck in England.

92 Hamburg:

93 Die Wahlen zum Akademischen Senat und zum Studierendenparlament sind zu Ende. Im
94 Akademischen Rat ist CampusGrün mit zwei von drei Sitzen vertreten. Im
95 Studierendenparlament sind es 11 Parlamentarier*innen von 47. Themen im
96 Akademischen Senat sind Fossil Free sowie Rahmenprüfungsordnung und im AStA der
97 G20-Gipfel.

98 Frankfurt:

99 Die Gruppe stellt den Vorsitz des AStAs.

100 Stendal:

101 Die Projekte sind im Sommersemester zum Thema Migration und Kommunikation vor
102 Ort mit den Leuten und der Politik, z.B. mit Grünen aus dem Landtag.

103 Eine Veranstaltung zum Thema Klimaschäden: Filmvorführung („Eine unbequeme
104 Wahrheit“) und eine Podiumsdiskussion mit Steffi Lemke organisieren.

105 In diesem Jahr finden Bundestagswahlen statt. Dazu werden die Kandidierenden aus
106 dem Bundestagswahlkreis zu einer gemeinsamen Veranstaltung eingeladen. Ob die
107 AfD mit eingeladen wird, ist noch unklar.

108 Landau:

109 Im Studierendenparlament ist die Gruppe 16 von 32 vertreten. Sie stellen eine
110 der Sprecher*innen. Die Gruppe hat etwa 25 Mitglieder.

111 Es gab vor etwa 1,5 Jahren einen Bildungsstreik, in welchem auf den schlechten
112 Zustand der Hochschule hingewiesen wurde. Auf Grund des Streiks wurde der Neubau
113 eines Campus angestoßen. Zum Streik gab es eine Erinnerungsveranstaltung.

114 Die Gruppe hat gemeinsam Wein hergestellt. Dabei wurden etwa 1000 Flaschen
115 abgefüllt. Alle Campusgrün-Gruppen sind herzlich eingeladen.

116 Rostock:

117 Der StuRa wird über Einzellisten der Fakultät gewählt. Daher sind nur 1-2
118 reingewählt worden. Die StuRa-Arbeit ist anstrengend. Es gibt eine gemeinsame
119 Liste mit dem SDS und Jusos für die akademischen Gremien. Der RCDS und
120 Burschenschaftler sind inaktiv. Die Gruppe macht Bildungsarbeit mit den AStA zum
121 Thema Nachhaltigkeit, veranstaltet eine Nachhaltigkeitswoche und publizieren
122 einmal pro Jahr eine Broschüre zum nachhaltigen Konsum;

123 Halle:

124 Die Gruppe besteht aus 20 Mitglieder, von denen etwa aktiv 10 aktiv sind.
125 Projekte in der Vergangenheit waren: Alternativen in den Mensen, Gespräche mit
126 Studiwerk zum veganen Essen, Kaffeebecheraktion: Palme aus Einwegkaffeebechern
127 gebaut und gleichzeitig Werbung für Mehrwegbecher, Aktionen gegen Tierversuche,
128 Änderungen bzgl. des qualifizierten Attests unternommen. Es gibt keine AfD-
129 Hochschulgruppe. Die Identitären sind in keiner Hochschulgruppe bisher
130 organisiert.

131 Wuppertal:

132 Im Januar gab es Wahlen zum Studierendenparlament, bei welchem es eine
133 Wahlmanipulation gab. Der Staatsschutz ermittelt. Es gibt einen Übergangs-AStA
134 aus RCDS, Jusos und CampusGrün. Es gab zwei Kongresse zum Thema Wachstumskritik
135 und Zeitkritik. Im Sommersemester ist der dritte Kongress geplant. Weitere
136 Aktionen: Spende für Geflüchtete, Verleih mit Rädern, Foodsharing, Arbeit gegen
137 Rechts und Veranstaltungen mit der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema Fake News.

138 Berlin:

139 Die Gruppe ist gerade im Umbruch. Es ist eine kleine Gruppe. Campusgrün ist mit
140 2 von 60 Sitzen vertreten. Es ist gerade Wahlkampf und wird wohl keinen AStA
141 mitstellen.

142 Frankfurt:

143 Im Januar gab es die letzten Wahlen. Im Stupa sind es 6 Sitze geworden. Es gab
144 mehr Mitglieder und damit wurden mehr Aktivitäten gemacht. Es finden gerade
145 Koalitionsverhandlung mit linken Block statt. Ab April wird es eine
146 Fahrradwerkstatt geben.

147 In Hessen sind alle Fahrradverleihbetriebe neu ausgeschrieben. Nextbike ist von
148 allen am besten und stellt die besten Konditionen. Es gab Diskussionen mit dem
149 zuständigen Ministerium zu den Farben des Studierendenwerkes. Es gab eine
150 Gerichtsverhandlung wegen eines Pickup-Artists. Ben (aus Frankfurt) erklärt die
151 genaueren Umstände.

152 **5.2. Berichte aus den Landesverbänden**

153 NRW:

154 Der Landesverband war am Programmprozess über LAG HoPo aktiv und hat ins
155 Wahlprogramm der Grünen eine Ablehnung gegenüber Studiengebühren, Ausbau einer

156 Zivil-/Friedensklausel (zusammen mit der Grünen Jugend). Gemeinsame
157 Veranstaltung mit der Heinrich-Böll-Stiftung und den Hochschulgruppen zu
158 Europapolitik und zur polit. Bildung.

159 Niedersachsen

160 Der Landesverband ist gerade inaktiv.

161 **5.3. Bericht der Bundesgeschäftsstelle**

162 Bericht ist auf dem Plakat, welches in der Pause angesehen werden kann.

163 **5.4. Bericht vom Campusgrün Bildungswerk e.V.**

164 Einen Bericht dazu gibt es beim Bericht des Bundesvorstands bei
165 Tagesordnungspunkt 5.5.

166 **5.5. Bericht des Bundesvorstandes**

167 Siehe PowerPoint im Anhang/in der Dokumentation.

168 11:26 Pause

169 11:35 Weiter mit:

170 **5.6. Aussprache**

171 Entfällt.

172 6. Teilentlastung des Bundesvorstandes September 2015 - Januar 2016

173 Der Tagesordnungspunkt entfällt, da nichts vorliegt.

174 7. BMBF-Seminare 2017/2018

175 40€ pro Tag und Person zwischen 2000-3000 Euro Förderung. Beginn der Periode
176 01.10. und die Richtlinie ändern sich. Die Bedingungen sind zum Erasmusprogramm
177 ähnlich. Der Aufwand steigt damit. 3-4 Seminare möchten wir als BuVo machen. 40-
178 50 Stunden pro Antrag und Gruppe sollte das machen.

179 Mögliche Themen wurden u.a. vorgeschlagen: Open Access (Open Education,
180 Urheberrecht), Diskriminierung (Allgemein mit den verschiedenen Formen),
181 Bundesteilhabegesetz (Menschen mit Behinderung) Inklusion (Normalisierung und
182 Normenhinterfragung, Ausbildung; „Körperpolitik“), Intervention in
183 Hochschulgremien (Strategieverhalten, Strategien),

184 Zusammenfassung: Der Bundesvorstand nimmt das Besprochene mit und meldet sich
185 bei den Leuten. Die Termine werden an die Gruppen weitergeleitet.

186 Unterbrechung 12:00

187 Fortsetzung: 14:45

188 8. Anträge

189 **8.1. EIL-A7**

190 Miriam erläutert den Eilantrag. Der Bundesvorstand hat Herald aus Bonn gebeten,
191 einen Antrag für die Bundesmitgliederversammlung zu schreiben, um sich zum
192 Brexit zu äußern. Es wird gebeten, dass der Eilantrag zugelassen wird. Ben (aus
193 Frankfurt) hält eine Gegenrede. Die Aufnahme des Antrags wird mit (12:4:1)
194 angenommen. Ben (aus Frankfurt) stellt den GO-Antrag auf Verschiebung nach dem
195 Tagesordnungspunkt A5. Es gibt keine Gegenrede.

196 **8.2. EIL-A8**

197 Madelaine stellt den Eilantrag. Beim Antrag geht es um die aktuellen
198 Repressionen in der Türkei gegenüber andersdenkender Menschen. Es gibt keine
199 Gegenrede. Der Antrag auf Behandlung wird einstimmig angenommen. (18:0:0)

200 GO-Antrag Robin (Halle) stellt den Antrag auf Verschiebung hinter den
201 Tagesordnungspunkt Antrag 7, um den Antrag lesen zu können. Es gibt keine
202 Gegenrede.

203 **8.3. Satzungsänderung bezüglich § 9 (4) und § 9 (14) (Pressekoordinator*in)**

204 Pascal stellt den Antrag. Der Posten ist seit einiger Zeit vakant. Deswegen wird
205 vorgeschlagen, die Pressekoordinationsstelle zu streichen und stattdessen um
206 eine weitere Projektkoordination zu ergänzen. Der Antrag wird mit (18:0:1)
207 angenommen.

208 =====

209 **8.4. Antrag A1**

210 Ben (Hamburg) erläutert den Antrag und geht auf Nachfragen ein. Der
211 Änderungsantrag wird von den Antragssteller*innen übernommen.

212 Der Antrag wird einstimmig angenommen. (18:0:1)

213 **8.5. Antrag A2**

214 Ben (Frankfurt) erläutert den Antrag. Vom Änderungsantrag Ä 2.1 GHG Wuppertal
215 wird der 1. Teil übernommen. Der zweite Teil wird nicht übernommen. Dennis
216 stellt den zweiten Teil des Änderungsvortrags vor. Es gibt eine Kontroverse,
217 über den Sinn von Inlandsgeheimdiensten und dem Bundesverfassungsschutz in der
218 derzeitigen Form. Der Änderungsantrag wird abgelehnt. (3:11:5)

219 Es wird über die Rolle des Bundesverfassungsschutzes/Inlandsgeheimdienst
220 gesprochen. Es herrscht die Meinung, dass es in Zukunft einen Antrag zum
221 Bundesverfassungsschutzes/Inlandsgeheimdienst geben sollte.

222 Änderungsantrag Ä 2.2 campus:grün Köln

223 Der Änderungsantrag wird von den Antragsteller*innen nicht übernommen.

224 Das Wort Islamistisch wird durch religiös Fundamentalistisch ersetzt. Der
225 Änderungsantrag wird mit der Änderung einstimmig angenommen. (18:0:1)

226 Änderungsantrag Ä2.3 Maren Scholz

227 Der Änderungsantrag wird einstimmig angenommen.

228 Der gesamte Antrag wird einstimmig angenommen.

229 **8.6. Antrag S6**

230 Pascal erläutert den Antrag. Die Einladungsfrist soll verkürzt werden. Es wird
231 kontrovers diskutiert. Die Kontroverse ist, ob kürzere Antragsfristen zu einer
232 fristgerechten Einreichung von Anträgen führen und ob die Mitgliedsgruppen
233 genügend Zeit für eine inhaltliche Diskussion zwischen der Versendung der
234 Anträge bis zur Mitgliedsversammlung.

235 Benjamin (Wup.) stellt den GO-Antrag auf Schluss der Redner*innenliste. Es gibt
236 dazu keine Gegenrede. Damit ist der GO-Antrag angenommen.

237 Dabei wird auch über das Gruppenverständnis und des Delegierten gesprochen:
238 Inwieweit soll mit der Gruppe eine Rückkoppelung geben bzw. inwieweit können die
239 Delegierten eigenständig abstimmen.

240 Ben (Frankfurt) stellt den Änderungsantrag, dass die 2 durch 3 ersetzt wird. Die
241 Antragsteller übernehmen den Antrag.

242 Der Gesamtantrag wird abgelehnt. (8:8:3)

243 **Zwischenpunkt: Blattspinat**

244 *Benjamin (Wup.) stellt die Idee für eine Umstellung und Umgestaltung der*
245 *Blattspinat vor, die in der Pause beredet werden könnte.*

246 Unterbrechung: 16:12

247 Fortsetzung: 16:35 mit

248 **8.7. Antrag S5**

249 Pascal erläutert Antrag. Es soll klarer formuliert werden, wie die Fristen zum
250 Einreichen von Anträgen zu Satzungen und Ordnungen sind. Es gibt dazu keinen
251 Redebedarf. Der Antrag ist einstimmig angenommen. (Abstimmung (M:0:2))

252 **8.8. Antrag A3**

253 Miriam stellt den Antrag vor. Es geht dabei um Forderung für die Änderungen des
254 Urheberrechtsgesetzes (UrhG). Es gibt einen Änderungsantrag zum Gendern des
255 Antragstitels, welcher von den Antragssteller*innen übernommen wird.

256 Der Antrag wird einstimmig angenommen.

257 **8.9. Antrag A4**

258 Andreas stellt den Antrag vor. Der Antrag bekräftigt die Beschlüsse aus der
259 Vergangenheit und Gegenwart für die Abschaffung von Studiengebühren, da diese
260 beispielsweise wieder in Baden-Württemberg für ausländische Bürger*innen, die
261 aus keinem EU- und EWR-Staat stammen, eingeführt wurden.

262 Der Antrag ist einstimmig angenommen worden (M:0:0).

263 **8.10. Antrag A5-neu**

264 Pascal erläutert den Antrag. Im Antrag geht es darum, dass die Kirchen, die den
265 Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts haben, kein Mitspracherecht
266 bei den Besetzungen von Stellen in den Hochschulen haben sollen. Alles, was eine
267 Begründung war, wurde in die Begründung auf Wunsch aus Würzburg verschoben.
268 Deswegen wurde A5-neu eingereicht. Es gab dabei keine inhaltliche Änderung. Der
269 Antrag wurde einstimmig angenommen.

270 **8.11. Antrag A6-neu**

271 Miriam erläutert den Antrag. Der Globalantrag wurde von den Antragssteller*innen
272 übernommen.

273 Änderungsanträge Ä2 mit kleinen Abweichung (z.B. AEMR Ausschreibung etc.)
274 übernehmen

275 Änderungsantrag Ä1: Hermann erläutert den Antrag, dass es eine Diskrepanz
276 zwischen der Bundespolitik und den ehrenamtlichen Tätigkeiten gebe.

- 277 Es ist gibt keine inhaltlichen Änderungen, sondern es wurde nur semantisch
278 klarer formuliert.
- 279 Es gibt einen GO-Antrag von Emily für 5 Minuten Unterbrechung. Keine Gegenrede.
280 Unterbrechung: 17:20
281 Fortsetzung: 17:26
- 282 Das politische Handeln ist kritisch zu betrachten, da Ehrenamtliche allein
283 gelassen werden und die Verwaltung nicht alles Notwendige täten.
- 284 Conny stellt den GO-Antrag auf Schließung der Redeliste. Es gibt keine
285 Gegenrede. Damit ist der Antrag beschlossen.
- 286 Der Änderungsantrag Ä1 wird zurückgezogen.
- 287 Benjamin (Wup) stellt den GO-Antrag auf die sofortige Abstimmung. Miriam hält
288 eine Gegenrede. Der Geschäftsordnungsantrag ist mit (9:7:3) angenommen.
- 289 Die Abstimmung über den Gesamtantrag ist mit (15:1:3) angenommen worden.
290 Unterbrochen: 18:03, Fortsetzung am Sonntag
291 Fortsetzung am Sonntag um: 09:15
- 292 **9. Wahlen**
- 293 **9.1. Projektkoordinator*innen:**
- 294 Der Tagesordnungspunkt entfällt, da sich niemand zur Wahl stellt.
- 295 **9.2. Bundesschiedsgerichts:**
- 296 Miriam erklärt die Rolle des Schiedsgerichts. Das Schiedsgericht entscheidet
297 über auf Antrag über Auslegung von Satzungen und Ordnungen.
- 298 Miriam stellt den GO-Antrag auf Verschiebung des 1. Punkt nach dem Mittagessen.
299 Es gibt eine Gegenrede. Der Antrag wird mit (4:6:4) abgelehnt.
- 300 Maren stellt den GO-Antrag auf ein Frauenplenum.
301 Unterbrechung der Sitzung: 9:35
302 Fortsetzung 10:25
- 303 Zur Wahl stellen sich:
304 Hermann Weber
305 Lasse Joost
306 Maren Scholz
307 Emily Braum
308 Hannah Trippner
- 309 Die Kandidierenden stellen sich vor.
310 Nina schlägt das Wahlverfahren vor:
311 * Namen auf Liste
312 * Mehrheit notwendig
313 * Vorsitz mit den meisten Stimmen

314 * Bei Frauenquote nicht erfüllt noch mal schauen

315 * Bei Stimmengleichheit noch mal abstimmen

316 Benjamin (Wup.) stellt den GO-Antrag auf Abstimmung über das Wahlverfahren. Der
317 Antrag ist mit (16:0:3) angenommen.

318 Die Abstimmung über die Anzahl der Plätze ergibt für die Größe des
319 Schiedsgerichts 3 (15), für eine Größe mit fünf (4) und keine Enthaltung.

320 Zur Zählkommission wurden Conny, Robin und Danny einstimmig gewählt.

321 Es gibt den GO-Antrag auf 5 Minuten Pause. Es gibt eine Gegenrede. Der Antrag
322 wird mit (M:2:0) angenommen.

323 Änderung des Wahlverfahrens:

324 Abstimmungsfrage: Ist die Abgabe von zwei Stimmen für Männer gültig

325 Stimmzettel gültig 9

326 Stimmzettel ungültig 9

327 Der Antrag ist damit abgelehnt.

328 Zum Wahlmodus: Es darf zwei Stimmen auf eine weibliche Kandidierende und max.
329 eine Stimme einem männlichen Kandidierenden, eine Stimme jeweils an eine
330 weibliche und einen männlichen Kandidierenden oder einem männlichen Kandidieren
331 die Stimmen verteilt werden.

332 Das Abstimmungsergebnis lautet:

333 Hermann Weber 3

334 Lasse Joost 8

335 Maren Scholz 17

336 Emily Braum 14

337 Hannah Trippner 15

338 19 Stimmen und Quorum

339 Alle Gewählten nehmen die Wahl an.

340 **9.3. Datenschutzbeauftragter**

341 Miriam und Andreas stellen den Posten vor und die Aufgaben.

342 Christian stellt sich zur Wahl vor.

343 Abgegebene Stimmen: Abstimmung: (18:1:0)

344 **10. Fortsetzung Anträge**

345 **10.1. Antrag A7**

346 Antrag A7-alt wird von Miriam vorgestellt.

347 Ben stellt A7-neu vor.

348 Robin (Wernigerode) stellt den GO-Antrag auf Verschiebung nach dem Mittagessen.

349 Es gibt keine Gegenrede.

350 **10.2. Antrag A8-neu**

351 Pascal stellt den Antrag vor. Der globale Änderungsantrag wird übernommen.

352 Der Antrag A8-neu ist einstimmig (18:0:1) angenommen

353 **10.3. Antrag S2**

354 Pascal erklärt den Antrag. Falls sich ein Landesverband nicht meldet, dann soll
355 die Bundesmitgliederversammlung bestimmen. Einige sehen es kritisch, dass die
356 Frist über mit dem Gruppenantrag beginnt.

357 Es gibt den GO-Antrag auf Schluss der Redeliste. Es gibt keine Gegenrede.

358 Dennis stellt Änderungsantrag mit folgenden Inhalt:

359 "Vor einer Auflösung oder einem Ausschuss ist eine Frist von 4 Monaten für den
360 betroffenen Landesverband und seinen Mitgliedsgruppen zur Stellungnahme
361 gegenüber der Bundesmitgliederversammlung oder dem Bundesverband einzuräumen"

362 Antragsteller*innen übernehmen Bens (Frank.) Änderungsanträge.

363 Die Abstimmung zu § 3 ist mit (14:1:4) angenommen

364 Die Abstimmung zu § 5 mit den Änderungsvorschlägen von Emily (über zwei
365 verschied. Kommunikationskanäle wird übernommen.

366 Pascal stellt den GO-Antrag auf Pause. Der Antrag ist mehrheitlich mit (M:1:) ☒
367 angenommen.

368 Unterbrechung: 12:09

369 Fortsetzung: 13:02

370 Benjamin (Wup.) stellt den GO-Antrag auf Wechsel der Sitzungsleitung, da er
371 zurücktritt. Es gibt eine Gegenrede. Der Antrag wird mit (5:7:4) abgelehnt.

372 Ben Änderungsantrag stellt einen alternativen Antrag.

373 Bens Antrag ist mit (9:10:0) abgelehnt.

374 Der Gesamtantrag wird mit (18:0:1) angenommen

375 **10.4. Antrag S3**

376 Miriam stellt den Antrag. Die Satzung sagt, dass es Arbeitskreise geben kann.
377 Jedoch wird nichts darüber ausgesagt, wie diese konstituieren.

378 Der Antrag wird mit (11:2:5) abgelehnt.

379 **10.5. Antrag S4**

380 Miriam stellt den Antrag. Es regelt die Konstituierung.

381 Der Antrag ist mit (17:0:1) angenommen.

382 **10.6. Antrag O2**

383 Miriam stellt den Antrag vor. Bundesschiedsgericht soll auch für Streitigkeiten
384 in Landesverband zuständig, sofern es kein Landesschiedsgericht gibt oder das
385 Bundesschiedsgericht als nächste Instanz fungieren soll.

386 Der Antrag ist einstimmig angenommen. (18:0:0)

387 **10.7. Antrag EIL-A7**

388 Die Abstimmung beider Vorlagen:

389 Ursprünglicher Antrag: 0

390 A7-neu: 11

391 A7-neu angenommen

392 Der Bundesverstand stellt einen Änderungsantrag Ä1 zu A7-neu. Pascal stellt vor.

393 Der Antrag geht auf allgemeine Sachen und nicht nur Brexit ein.

394 Ben übernimmt Miriams Satz am Ende des Antrags an, welcher in die Folien
395 eingearbeitet wurde.

396 Dennis möchte Kleinstaaterei durch Egoismen ersetzen. Ben als Antragsteller
397 übernimmt den Änderungsantrag.

398 Abstimmung über Änderung: (15:0:3)

399 Der Gesamtantrag einstimmig angenommen. (16:0:2)

400 Ende 14:04

A1neu2 inhaltliche Anträge

Antragsteller*innen:

Für eine umfassende BAföG-Reform

401 Nach der letzten BAföG Novelle 2014 klopfte sich die Bundesregierung auf die
402 Schulter, ein Meilenstein in der BAföG Anpassung sei geschafft. Auch wenn viele
403 wichtige Änderungen auf den Weg gebracht wurden, eine gute und gerechte
404 Ausbildungsförderung sieht anders aus.

405
406 Hätte die Bundesregierung den für 2016 anstehenden BAföG-Bericht nicht
407 ausfallen lassen, wäre es ihr vielleicht selbst aufgefallen. Die
408 Gefördertenquote sinkt, kaum noch jemand erhält den vollen BAföG-Satz und die
409 gute wirtschaftliche Lage der letzten Jahre wurde nicht dafür genutzt Menschen
410 eine selbstbestimmte Bildung zu ermöglichen, sondern auch beim BAföG de facto
411 gekürzt.

412
413 Ein starkes BAföG ist zentral, um Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang und
414 gesellschaftliche Teilhabe an Bildung mit einem klaren Rechtsanspruch auf eine
415 bedarfsdeckende Studienfinanzierung zu ermöglichen. Es ist daher an der Zeit für
416 eine weitreichende Reform des BAföG.

EIN HÖHERES BAFÖG FÜR MEHR MENSCHEN

417
418
419
420 Um die faktische Entwertung der Ausbildungsförderung der letzten Jahre
421 auszugleichen, bedarf es eines sofortigen Inflationsausgleichs (Stand Anfang
422 2017: 6,5 %). Weiterhin ist eine regelmäßige, automatische und bedarfsdeckende
423 Anpassung der Bedarfssätze notwendig.

424
425 Die 21. Sozialerhebung hat gezeigt, dass Studierende monatlich durchschnittlich
426 rund 820 Euro für Miet-, Lebenshaltungs- und Studienkosten ausgeben. Der BAföG-
427 Höchstsatz liegt deutlich darunter und zwingt Studierende nebenher zu arbeiten.

428
429 Eine BAföG-Förderung muss gewährleisten, dass ein Studium bedarfsdeckend
430 finanziert werden kann. Die Bedarfssätze sind an den tatsächlichen Ausgaben für
431 ein Studium zu orientieren. Dieser Anspruch wird bisher nicht erfüllt.

432
433 Der Bezug von BAföG ist abhängig vom Einkommen der Eltern. Umso höher die
434 Freibeträge, umso mehr Studierenden wird ein Zugang zum BAföG ermöglicht. Da die
435 Freibeträge nicht regelmäßig angepasst werden und sich auch nicht an den realen
436 Bedarfen orientieren, fallen viele Studierende, die auf BAföG angewiesen sind,
437 aus der Förderung. Dies betrifft vor allem Studierende aus
438 Mittelschichtshaushalten. Die Erhöhung der Freibeträge ist deshalb dringend
439 nötig. Um allen Menschen ein Studium zu ermöglichen, sollte die
440 Elternabhängigkeit abgeschafft werden.

ANPASSUNG DES BAFÖG AN DIE LEBENSREALITÄT VON STUDIERENDEN.

441
442
443

444 Das BAföG als Herzstück der staatlichen Studienfinanzierung braucht neben
445 höheren Fördersätzen auch eine Strukturreform, um die Förderung an die
446 veränderten Lebenswirklichkeiten der Studierenden anzupassen und den
447 Empfänger*innenkreis zu vergrößern.

448

449 Insbesondere die Wohnkostenpauschale deckt nur noch in sehr wenigen Städten die
450 Miete eines durchschnittlichen WG- oder Wohnheimzimmers. Daher sollte sich die
451 diese Pauschale an regionalen Maßstäben bemessen. Um eine staatliche Subvention
452 privater Vermieter*innen zu verhindern muss zudem eine wirksame Mietpreisbremse
453 eingeführt und der staatliche soziale Wohnungsbau ausgebaut werden.

454

455 Der Bezug von BAföG-Leistungen ist auf die Dauer der sogenannten
456 Regelstudienzeit begrenzt. Diese idealtypische Annahme geht an der
457 Lebensrealität von Studierenden vorbei. Fast 30 Prozent der Studierenden
458 studieren de facto in Teilzeit. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Rund zwei
459 Drittel der Studierenden arbeiten neben dem Studium, ein wachsender Anteil
460 Studierender hat mit gesundheitlichen Einschränkungen zu tun. Es gibt
461 Studierende mit Pflegeaufgaben, Studierende mit Kind(ern) und ehrenamtlich
462 Engagierte. Diese Vielfalt in den Lebensbedingungen von Studierenden muss sich
463 in den BAföG-Regelungen durch eine Förderung für Teilzeitstudierende
464 widerspiegeln.

465

466 Nur 40 Prozent aller Studierenden schließen ihr Studium innerhalb der
467 Regelstudienzeit ab, fast 90 Prozent gelingt dies in den folgenden vier
468 Semestern. Eine Verlängerung von BAföG ist daher angebracht, um diese
469 Finanzierungslücke zu schließen. Individuell muss eine Verlängerung darüber
470 hinaus möglich sein, wenn Pflegeaufgaben geleistet werden müssen,
471 gesundheitliche Einschränkungen die Studiendauer verlängern oder Studierende
472 ehrenamtlich aktiv sind.

473

474 Die gesamtgesellschaftliche Bedeutung von ehrenamtlichem Engagement wird immer
475 wieder betont. Es ist an der Zeit, dass dies auch bei der Ausgestaltung
476 öffentlicher Förderinstrumente anerkannt wird. Dabei ist darauf zu achten, dass
477 ausschließlich Engagement in demokratischen, nicht menschenfeindlichen
478 Zusammenhängen förderrechtlich anrechenbar wird.

479

480 Wer nach dem Bachelor in den Beruf einsteigt, um einige Jahre später einen
481 Master an der Hochschule zu machen, kommt heute im BAföG kaum zum Zuge. Die
482 Altersgrenze für die Aufnahme eines Studiums von 30 bzw. 35 Jahren
483 (Masterstudiengang) schließt viele Menschen aus und verbaut vor allem beruflich
484 Qualifizierten den Zugang zur Hochschule. Um tatsächlich als
485 Breitenförderungsinstrument gelten zu können und Menschen ein Studium zu
486 ermöglichen, muss die Altersgrenze fallen.

487

488 **BAFÖG SCHRITTWEISE ZUM VOLLZUSCHUSS AUSBAUEN.**

489

490 Viele junge Menschen, die sich für ein Studium interessieren, werden durch die
491 entstehenden möglichen Schulden von der Aufnahme eines Studiums abgeschreckt.
492 Dass eine Sozialleistung in Form eines Darlehens gezahlt wird, ist das größte
493 Manko des BAföG. Es kann in dieser Form eben nicht jeder und jedem unabhängig
494 vom sozialen Hintergrund den Weg an die Hochschule öffnen. Ganz im Gegenteil,
495 selbst die gedeckelten BaföG-Schulden in Höhe von 10.000 € stellen für

496 Studierende mit schwieriger finanzieller Ausgangslage eine große Hürde dar, wenn
497 sie in ihr Berufsleben starten. Ein Vollzuschuss ermöglicht, dass sich Menschen
498 aus einkommensschwachen Familien überhaupt für ein Studium entscheiden. Die
499 schlechte aktuelle Förderquote ist nicht zuletzt dem geschuldet, dass BAföG
500 bekommen auch immer Schulden machen heißt.

501
502 Das BAföG verfehlt zurzeit seine Aufgabe diejenigen zu fördern, die eigentlich
503 darauf angewiesen sind, dabei sollte es Herzstück einer umfassenden
504 Studienfinanzierung für alle sein. Elitenförderung lehnen wir ab. Deshalb
505 fordern wir die Abschaffung des Deutschlandstipendiums.

506
507 Gute Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Das heißt, die öffentlichen Ausgaben
508 für Bildung und Forschung müssen schnellstmöglich und dauerhaft auf mindestens
509 10 Prozent des BIP nach OECD-Standard erhöht werden.

510 Das kann nur gegen die im Artikel 109 des Grundgesetzes hinzugefügte
511 Schuldenbremse geschehen. Diese hemmt als zentrales Mittel der
512 Austeritätspolitik dringend notwendige Investitionen in Bildung, fördert
513 Privatisierung von Bildung und nimmt dabei auch Rücknahme der sozialen Öffnung
514 der Hochschule billigend in Kauf.

515 Die Ausfinanzierung des Bildungssystems ist eine gesamtgesellschaftliche
516 Aufgabe und gehört in öffentliche Hand. Dafür müssen Bund und Länder gemeinsam
517 Sorge tragen.

518
519 Für die dringend notwendigen BAföG-Reformen und das gesamte öffentliche
520 Bildungssystem gilt: Bildungsgerechtigkeit ist nur zusammen mit
521 Steuergerechtigkeit zu denken. Eine angemessene Besteuerung von Vermögen,
522 Erbschaften, Finanztransaktionen und hohen Einkommen ist aus unserer Sicht
523 unabdingbar. Mittelfristig muss die Bildungsfinanzierung insgesamt auf den
524 Prüfstand. Bildung ist keine Ware. Gebühren sind deshalb nicht zu akzeptieren,
525 egal ob an Kitas, Schulen, Hochschulen oder in der Ausbildung. Stattdessen
526 brauchen wir eine starke öffentliche Förderung für alle Bildungsphasen. Fangen
527 wir mit der BAföG-Reform an!

528
529 **FÜR HERKUNFTSUNABHÄNGIGES BAFÖG.**

530 Ausländische Studierende werden nach wie vor strukturell ausgegrenzt. So müssen
531 zusätzliche Belastungen wie Bewerbungsgebühren (z.B. uni-assist) und meist
532 selbst zu finanzierende, zusätzlich benötigte Qualifikationen (z.B.
533 Intensivdeutschkurse auf höchstem Niveau) selbst getragen werden. Das, obwohl
534 ihre Einnahmesituation strukturell schlechter ist als die von Menschen mit
535 deutschen Pass, da beim Zugang zu Fördermitteln vom Gesetzgeber nach Herkunft
536 diskriminiert wird. Obwohl die Studierenden durchschnittlich weniger Geld zur
537 Verfügung haben (Sozialerhebung des DSW) und finanzieller Druck ein häufiger
538 Grund für schlechteren Studienerfolg ist - bis hin zum Studienabbruch - werden
539 ausländische Studierende bislang mit wenigen Ausnahmen systematisch vom
540 wichtigsten Förderinstrument, dem BAföG, ausgeschlossen.

541 Daher muss das BAföG grundsätzlich auch ausländischen Studierenden als
542 Förderinstrument offen stehen. Eine gerechte, diskriminierungsfreie
543 Bildungspolitik darf sich nicht an rückwärtsgewandter Abstammungslogik
544 orientieren. Für eine chancengerechte, freie Bildungspolitik ist daher ein
545 herkunftsunabhängiges BAföG unabdingbar.

546
547 **FÜR EIN EUROPÄISCHES BAFÖG.**

548
549 Europa hatte das große Ziel mit Bologna einen gemeinsamen europäischen
550 Bildungsraum zu schaffen, in dem der Zugang zu Bildung für alle vereinfacht
551 wird. Doch trotz einer Harmonisierung der Abschlüsse wurde nicht die gewünschte
552 Mobilität junger Menschen erzielt. Die Ausbildungsförderungen unterscheiden sich
553 stark in den europäischen Staaten – nicht überall haben deshalb junge Menschen
554 die gleichen Möglichkeiten. Ein Studium oder eine Ausbildung in einem anderen
555 europäischen Land ist trotz Erasmus, das nur wenigen zugutekommt, abhängig vom
556 Geldbeutel der Eltern.
557 Deshalb fordert Campusgrün ein europäisches Ausbildungsgeld – für alle, die an
558 europäischen Universitäten, Hochschulen und Schulen studieren, unabhängig vom
559 Pass und dem Einkommen der Eltern.

560
561 Europa muss sozialer werden und darf Menschen in prekären Lebenssituationen
562 nicht weiter gegeneinander ausspielen. Nach Artikel 14 der Europäischen
563 Grundrechtecharta hat jede*r das „Recht auf Bildung sowie auf Zugang zur
564 beruflichen Ausbildung und Weiterbildung“. Dieses Recht darf nicht durch
565 fehlende finanzielle Möglichkeiten eingeschränkt werden.

566
567
568 Daraus folgert CampusGrün:

569
570 Auf Basis der vorangegangenen Ausführungen setzt sich der Campus Grün
571 Bundesverband für eine soziale Novelle des Bundesausbildungsförderungsgesetzes
572 ein. Zur solidarischen Finanzierung dieser benötigt es eine grundsätzliche
573 Auseinandersetzung aller CampusGrünen-Hochschulgruppen zur Auflösung der
574 Schuldenbremse sowie zur Einführung progressiverer Steuermodelle.

A2neu2 inhaltliche Anträge

Antragsteller*innen:

Gegen den Aufwind der Rechtsextremen - für eine progressive, schlagkräftige Politik

575 **Campusgrün bekräftigt seine Position gegen Kräfte der extremen Rechten und des**
576 **Rechtspopulismus und fordert ein konsequentes Entgegenreten gegen solches**
577 **Gedankengut an Hochschulen wie in der Gesellschaft**

578 Nicht erst seit den vergangenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in
579 verschiedenen Ländern Europas und Amerikas hat die rechtspopulistische Bewegung
580 einen gehörigen Auftrieb zu verzeichnen. Die Erfolge solcher Parteien etwa bei
581 den französischen Präsidentschaftswahlen, der deutschen Bundestagswahl und der
582 österreichischen Nationalratswahl spiegeln wider, dass extrem rechte Äußerungen
583 nie verschwunden waren, aber aktuell immer salonfähiger werden. Ungarn, Polen,
584 Niederlande, Dänemark - rechtspopulistische und protofaschistische Parteien sind
585 in all diesen Ländern schon länger am Werk. Und verlässt mensch den
586 eurozentrischen Fokus, so ist weder der Blick in die USA noch der nach Russland
587 in irgendeiner Weise beruhigend.

588
589 **Zwar kann an der parlamentarischen Handlungsfähigkeit der AfD gezweifelt werden**
590 **Rechte Ansichten sind jedoch weiterhin populär, wodurch sich der politische**
591 **Diskurs bereits verschoben hat. Auch vermeintlich Linke bedienen sich in einer**
592 **dieser gefährlichen Rhetorik .**

593
594 **Populismus entgegentreten**
595 **Auch Hochschulen sind von dieser Entwicklung nicht ausgeschlossen. Akteur*innen**
596 **wie etwa die aus der Neuen Rechten hervorgegangene Identitäre Bewegung**
597 **präsentieren sich modern und setzen trotz ihrer zahlenmäßig geringen Anzahl**
598 **Akzente im Diskurs. Sie sind gut vernetzt mit offen extrem rechten wie auch mit**
599 **nach außen vorgeblich "gemäßigt" auftretenden Burschenschaften und Verbindungen,**
600 **mit Akteur*innen im christlich-fundamentalistischen Umfeld und mit Parteien wie**
601 **der AfD. Zudem suchen diese Gruppen zunehmend eine Selbstdarstellung als**
602 **akademische Position, etwa durch das sogenannte Institut für Staatspolitik in**
603 **Schnellroda, das unter der Ägide von Götz Kubitschek steht.**

604 **Campusgrün setzt sich dafür ein, diese grenzübergreifenden rassistischen**
605 **Strukturen an Hochschulen aufzudecken und die Studierenden über diese**
606 **Zusammenhänge aufzuklären. Der Grundsatz "Kein Fußbreit den Faschisten" muss**
607 **leitendes Vorbild sein, um die Bestrebungen der Neuen Rechten, an**
608 **Bildungseinrichtungen Fuß zu fassen, zu verhindern.**

609
610 **Linker Antifaschismus statt ritualisierte Abgrenzung**

611 **Darüber hinaus verstehen wir als Campusgrün Bundesverband eine progressive**
612 **Sozialpolitik als wesentliches Element unsere präventiven Antifa-Arbeit - auch**
613 **gegenüber der Neuen Rechten. Denn: Die gesellschaftliche Rechte ist kein Mythos,**
614 **sondern gewinnt ihre Anhänger*innen wesentlich aus gesellschaftlichen**
615 **Missständen. So konnte Heitmeyer in seinen Studien "Deutsche Zustände" zeigen,**
616 **dass die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einerseits in sozioökonomisch**

617 **benachteiligten Gruppen auftritt und andererseits in Zeiten gesellschaftlicher**
618 **Krise (z.B. nach der Finanzkrise 2008) besonders zunimmt. Darüber hinaus fördern**
619 **Wettbewerbsorientierung und Konkurrenz als dem Neoliberalismus immanente**
620 **kulturelle Grundannahmen die Normalisierung von Ungleichheitsideologien.**
621 **Zwei Erkenntnisse dürfen dabei nicht auf der Strecke bleiben: Erstens sind die**
622 **Akteur*innen der Neuen Rechten wesentlicher Profiteur, Symptom und Antreiber der**
623 **Faschisierung, aber nicht "der Faschismus an sich". Der bürgerliche**
624 **"Antifaschismus", der aus einer Mischung aus Angstlust und moralisierender**
625 **Abgrenzung besteht, bleibt an der Oberfläche verhaftet und schützt faschistoide**
626 **Tendenzen in Meinungen, Personen und Parteien abseits der Neuen Rechten davor,**
627 **als solche klar benannt zu werden. Zweitens gilt es, die Personen, die rechts**
628 **agieren, nicht (nur) zu verdammen - niemand wird als Faschist geboren, sondern**
629 **von seiner Sozialisation und den gesellschaftlichen Verhältnissen dazu gemacht.**
630 **Und die sind veränderbar - Antifaschismus heißt also auch, für deren**
631 **Verbesserung zu wirken!**

632

633

634 **Bezug auf Anträge aus 2015 und 2016: "Gegen jede Form von Ethnopluralismus",**
635 **"Keinen Fußbreit für Rassist*innen - Pegida und seine Ableger stoppen!"**
636 **"Campusgrün-Bundesverband verurteilt jede Form von Antisemitismus", "Kein**
637 **Friedenswinter - gegen Antisemitismus und Verschwörungstheorie"**

638

639

640

641 **Heitmeyer, Wilhelm (2011): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin: Suhrkamp**

642

643 <http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-rueckzug-von-frauke-petry-das-projekt-afd-ist-beendet/20441538.html>

644

645 [http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-10/afd-niedersachsen-armin-paul-hampel-wahlkampf-schulden-ermittlungen?](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-10/afd-niedersachsen-armin-paul-hampel-wahlkampf-schulden-ermittlungen)

646

647

648 **Gegen Ethnopluralismus:**

649 <http://www.campusgruen.de/themen/beschluesse/9061629.html>

650

651 **Gegen Pegida:** <http://www.campusgruen.de/themen/beschluesse/8441784.html>

652

652 **Gegen Antisemitismus:** <http://www.campusgruen.de/themen/beschluesse/7919870.html>

653

653 **und** <http://www.campusgruen.de/themen/beschluesse/8441921.html>

A3 inhaltliche Anträge

Antragsteller*in: BuVo

Beschlussdatum: 13.10.2017

Gender Studies unter Druck - nicht nur von Rechts

654 Nicht erst seit dem Aufstieg der AfD kommen Gender Studies in Deutschland unter
655 massiven Druck. Sie werden unter dem Vorwand der Unwissenschaftlichkeit von
656 verschiedenen Akteur*innen des rechtskonservativen Spektrums, aber auch von der
657 vermeintlichen "Mitte" der Gesellschaft hinein heftig kritisiert und es werden
658 Forderungen nach deren Abschaffung in Wahlprogrammen und Anträgen in den
659 Parlamenten gestellt. Belege: CDU/CSU - Proteste gegen den Bildungsplan der
660 grün-roten Landesregierung Baden-Württembergs im Jahr 2015, FDP, AfD. Gemeinsam
661 mit religiösen Gruppierungen betreiben Aktivismus gegen eine angebliche
662 "Verschwulung" und "Frühsexualisierung" von Kindern, gegen
663 Schwangerschaftsabbrüche, gegen geschlechtssensible Sprache; sie sehen in Gender
664 eine Ideologie und Meinungsdictatur, deren Konsequenz "stalinistische
665 Umerziehungslager" sei. Auch der Vatikan unterstützt den "Kampf gegen die
666 Gender-Ideologie", auch und vor allem in seinen Zielen, das Recht auf
667 Schwangerschaftsabbruch und damit körperliche Selbstbestimmung zu unterminieren.

668 Viele Dynamiken und Argumentationslinien können in diesem Spektrum ausgemacht
669 werden¹:

670 1) Positivistisches Verständnis von Wissenschaft: Gegner*innen wenden sich gegen
671 sozialkonstruktivistische Erklärungsansätze und behaupten etwa in ihrer
672 Geschlechtervorstellung den Primat der Biologie (oder Gottes) über die Kultur
673 und die Gesellschaft. Nicht zuletzt speist sich dieser Argumentationsstrang aus
674 einem in den vergangenen Jahren zunehmenden Antiintellektualismus, der
675 Ähnlichkeiten zur Klimawandelleugnung aufweist.

676 2) Festhalten an traditionellen Institutionen: Ehe und Familie werden als
677 bedroht wahrgenommen und Versuche, diese starren Strukturen aufzubrechen, als
678 Perversion ("Verschwulung", "Frühsexualisierung") gewertet. Bezeichnend ist
679 hierbei die Gleichsetzung von nicht-heterosexuellen Sexualitäten mit Pädophilie.
680 Der Traditionalismus speist sich sowohl aus religiösen als auch aus Motiven der
681 Volkserhaltung.

682 3) Orientierung an konkreten politischen Richtlinien: Viele Gegner*innen beißen
683 sich am Feindbild des "Gender Mainstreaming" fest. Sie sehen darin die
684 Manifestation eines "Staatsfeminismus", der "von oben" die Geschlechter auflösen
685 will - dabei ist dekonstruktivistischer Feminismus noch nicht einmal in
686 staatlichen Institutionen angekommen, geschweige denn in allen und
687 flächendeckend. So arbeitet Gender Mainstreaming, wie es die EU-Richtlinie
688 vorgibt, durchaus mit einer binären Vorstellung von Geschlechtern. Doch die
689 Argumentation von Gegner*innen suggeriert eine ständige Gängelung durch EU-
690 Bürokratie, was sich wiederum in einen Dualismus von "wir da unten" gegen "die
691 da oben" übersetzen lässt. Hierzu passt, dass die Diffamierungen von Gender
692 Studies stets von einer Gebärde des "Tabubruchs" und des "Wahrheitsagens gegen

693 die Meinungsdictatur“ begleitet sind. Auf diese Weise verbindet sich
694 Antietatismus mit Querfront-Ideologie.

695 Auf diese Weise wird ersichtlich, dass diese Argumentationslinien nur einen
696 Schritt von der Behauptung entfernt sind, die Nation werde - durch Wissenschaft,
697 durch Politik - aufgelöst (Stichwort "Deutschland schafft sich ab"). Der
698 antifeministische Backlash steht also in Verbindung zu religiös-konservativen
699 Bewegungen und der Neuen Rechten: Frauen* wird das Selbstbestimmungsrecht über
700 ihre Körper abgesprochen, stereotype Verhaltensweisen werden auf biologische
701 "Tatsachen" zurückgeführt. Vieles spricht dafür, dass Antifeminismus das
702 gemeinsame Band sämtlicher rechtspopulistischer und konservativer Denkrichtungen
703 darstellt. Unlängst wurde darauf hingewiesen, dass viele Rechtsextreme sich über
704 Antifeminismus radikalieren.² Doch sollte nicht vergessen werden, dass
705 antifeministische Argumente und Denkweisen bis weit in eine vermeintlich
706 fortschrittliche und "neutrale Mitte" der Gesellschaft hineinragen. Es gibt
707 viele Brücken der oben ausgeführten Gegner*innen hin zum etablierten
708 Bildungsbürgertum, etwa im Feuilleton von großen Tageszeitungen.
709 Rechtspopulist*innen aktivieren die antifeministischen Aspekte von
710 traditionellen bürgerlichen Werten wie Familie und Ehe und werten sie um in die
711 angebliche Zerstörung nicht nur dieser gesellschaftlichen Institutionen, sondern
712 gleich des ganzen Volkes.

713 Campusgrün stellt sich allen entgegen, die den gesellschaftlichen Backlash
714 vorantreiben wollen und steht für eine kritische Wissenschaft ein, die stets das
715 Hinterfragen gesellschaftlicher Machtrelationen zum Ziel hat und diese nicht als
716 statisch gegeben, sondern gesellschaftlich-historisch bedingt sieht. Gerade
717 Gender Studies haben den Anspruch, gesellschaftliche Unterdrückungsmechanismen
718 aufzudecken und bieten so Potenzial für politische Schlussfolgerungen. Somit
719 erkennt Campusgrün die interdisziplinäre Geschlechterforschung als
720 notwendigerweise voranzutreibende Wissenschaft, die gerade in Anbetracht des
721 aktuellen Backlashs wichtig ist, um zu analysieren, welche
722 Geschlechterrollenverständnisse in der gegenwärtigen Gesellschaft verhandelt
723 werden. Campusgrün ist davon überzeugt, dass das aktuelle Ansteigen von
724 Nationalismus, Chauvinismus, Islamophobie, Antisemitismus, Rassismus,
725 Antifeminismus sowie Homo- und Transphobie strukturelle Zusammenhänge aufweist,
726 die es wissenschaftlich zu beleuchten und politisch zu bekämpfen gilt.

727 Postessentialistische Geschlechtskonzepte - also solche, die nicht "das Wesen
728 der Frau" oder "des Mannes" zugrunde legen, sind notwendig, um Menschen aus der
729 Zwangsjacke sozialer Zuschreibungen loszulösen. Hierfür sind die Gender Studies
730 federführend. Campusgrün fordert dementsprechend eine
731 Nachwuchswissenschaftler*innenprogramm für die Gender Studies und Plattformen,
732 die die Vernetzung mit anderen kritischen Wissenschaftszweigen wie der
733 Disability Studies, der Black Studies und Queer Studies tragen können.

734 Schließlich sieht Campusgrün es als seine Aufgabe, die diskursive Logik der oben
735 beschriebenen rechtskonservativen und -populistischen Argumentationen
736 aufzudecken und dagegen anzugehen.

737 Quellen:

738 Lanwer, Michelle/Schutzbach, Franziska: "Ich kann euch alle haben."
739 Maskulinitätsideologien und Rechtsnationalismus. Online unter:
740 <http://geschichtedergewalt.ch/ich-kann-euch-alle-haben/> (08.10.2017)

741 Zu den Akteur*innen in der Anti-Gender-Szene ist folgende Studie
742 aufschlussreich: Villa, Paula-Irene/Hark, Sabine (2015): Anti-Genderismus.
743 Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer
744 Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript Verlag.

745 Vortrag von Paula-Irene Villa vom 27.01.2016 an der TU Darmstadt "Anti-
746 Genderismus")

A4 inhaltliche Anträge

Antragsteller*in: Campusgrün Hamburg

Beschlussdatum: 13.10.2017

Grundsatzposition: Verhältnis Ökologie und Wirtschaftssystem

747 Rockström et al. (2009) zeigen mit ihrem planetarischen Grenzlinienmodell, dass
748 ein **"Weiter-So" nicht möglich** ist. Im Laufe ihrer Forschungsarbeiten haben sie
749 neun planetarische Grenzen herausgearbeitet, deren jeweilige Überschreitung den
750 Erhalt des Umweltsystems der Erde als Ort, an dem die Menschheit existieren
751 kann, gefährdet. In diesem Zusammenhang zeigen Rockström et al. (2009) auf, dass
752 u.a. die Grenzlinien der Klimaerwärmung und der Rückgang der Biodiversität auf
753 dem Planeten bereits überschritten sind. Hier zeigt sich das Ausmaß der
754 ökologischen Krise. Ein ökologischer Kollaps für die Natur und somit - egal ob
755 auch oder nur - für den Menschen kann nur durch eine drastische Veränderung der
756 Gesellschaft in ihrer Produktionsweise und Kultur verhindert werden. Die
757 ökologische Krise steht nicht für sich, sondern ist Ausdruck dessen, dass
758 Gewinne im Kapitalismus nur durch Ausbeutung generiert werden - der Ausbeutung
759 des Menschen und der Ausbeutung eben auch der Natur (und damit mittelbar auch
760 zukünftiger Menschen, die auf einen ökologisch intakten Planeten angewiesen
761 sind). Kapitalismus als ein System, welches auf Konkurrenz, der Prämisse der
762 Rentabilität und dem Wettlauf um schnelle Vermehrung des Kapitals basiert, steht
763 dem Gedanken natürlicher Kreisläufe oder Gleichgewichte diametral entgegen.
764 Partielle Reformen, wie sie zum Beispiel die Modelle der "Green Economy" bzw.
765 "Green New Deal" zum Ziel haben ohne dabei den immanenten Widerspruch von
766 Kapitalismus und Nachhaltiger Entwicklung zu erkennen, sind zum Scheitern
767 verurteilt. Weit verbreitet ist die Idee vom Versuch der Entkopplung von
768 Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch. Diese ist zumindest unter dem
769 Leitgedanken globaler Gerechtigkeit nicht umsetzbar (Brand, 2015). Hoffnungen
770 auf eine zukünftige Bekämpfung der ökologischen Krise mit Hilfe von
771 Modernisierung müssen unter Bezugnahme auf das Jevons Paradoxon weitgehend
772 enttäuscht werden. Es hat sich gezeigt, dass das Einsparpotential bei
773 Effizienzsteigerungen (zum Beispiel im Fall von Energiesparleuchten) in den
774 meisten Fällen nicht genutzt wird. Im Gegenteil: In der Regel führen solche
775 Einsparungen durch erhöhte Wirtschaftlichkeit zu einem ansteigenden Verbrauch
776 (zum Beispiel durch eine Ausweitung der Beleuchtungszeiten). Entscheidend ist,
777 dass umfassend gedacht wird. Während Effizienzstrategien (d.h. weniger Verbrauch
778 bei gleichen Prozessen) und Konsistenzstrategien (d.h. Weiterverwendung von
779 Produkten als biologischer oder technologischer Rohstoff) vor allem auf
780 technische Neuerungen setzen, zielen Suffizienzstrategien auf eine von innen und
781 außen gesteuerte Veränderung der Verhaltensmuster (Stengel, 2011). Es braucht
782 also den Dreiklang. Nichtsdestotrotz wird das nicht reichen und es bra eine
783 Abkehr vom Dogma stetig wachsender Gewinne, die ständiges quantitatives Wachstum
784 erfordern, sowie von der Ausbeutung von Mensch und Natur, ist notwendig. Dass
785 der "Green New Deal" zu kurz gedacht ist, wird auch deutlich an dem Versuch,
786 durch Ökosystemdienstleistungen den Wert der Natur für den Menschen zu bestimmen
787 und für Wirtschaftsmodelle quantifizierbar zu machen. Aus der begrüßenswerten
788 Intention Natur- und Umweltschutz im Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu

789 berücksichtigen, entsteht der Irrglaube, Ökosysteme seien in ihrer Komplexität
790 durchschau-, mess- und abbildbar. Beispielsweise sind aus unserer Sicht Bienen
791 nicht durch Bestäubungs-Drohnen ersetzbar, u.a. weil die Folgen nie vollständig
792 abschätzbar sind. Langfristig sollte ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem
793 angestrebt werden in dem derdas Wohl von Mensch und Umwelt anstatt
794 Kapitalakkumulation bestimmendes Moment sind. Dabei muss auch die kulturelle
795 Entfremdung des Menschen von der Natur aufgehoben werden: Nur wenn der Mensch
796 die Natur nicht mehr lediglich als Rohstoffquelle oder Kostenfaktor in der
797 Produktion sieht, sondern das dauerhafte metabolische Austauschverhältnis zu
798 ihr erkennt, kann es eine Gesellschaft geben, die sich erfolgreich einer
799 nachhaltigen Entwicklung verschreibt. Interessante Ideen gibt es aus unserer
800 Sicht in einzelnen Strömungen innerhalb der Postwachstumsbewegung (womit jedoch
801 nicht die konservative Strömung, vgl. Schmelzer, 2015, gemeint ist). Dazu gibt
802 es bisher kaum Forschung, geschweige denn Lehre. Das muss sich ändern. Es sollte
803 z.B. auch im Bereich der wissenschaftlichen Politikberatung möglich sein,
804 grundlegende Alternativen zum Status Quo mitzubedenken. Victor (2008) modelliert
805 als bisher einer der Einzigen ein Degrowth-Szenario für Kanada, in dem
806 aufgezeigt wird, dass mit mehreren Maßnahmen, wie u.a. einer radikalen
807 Arbeitszeitverkürzung und der Einführung einer CO₂-Steuer, geringeres
808 Wirtschaftswachstum nicht zwingend mit hoher Arbeitslosigkeit einhergehen
809 muss. Teil der progressiven Postwachstumsbewegung ist ebenso die Idee des
810 demokratischen Ökosozialismus. Demokratischer Ökosozialismus bricht mit der
811 produktivistischen Ideologie des Fortschritts und distanziert sich damit von der
812 Expansionslogik, die die Umwelt zerstört (siehe beispielsweise Löwy, 2016). Ziel
813 des demokratischen Ökosozialismus ist es, Grundlagen des (marxistischen)
814 Sozialismus mit ökologischer Kritik zu verbinden. Ein wesentliches Element ist
815 es beispielsweise, den Tauschwert dem Gebrauchswert unterzuordnen, Produktion
816 also an sozialen und ökologischen Bedürfnissen zu orientieren und sich so von
817 Expansionslogik und dem gesellschaftlichen Imperativ zu repräsentativem Konsum
818 zu verabschieden. Um eine solche Ausrichtung zu realisieren bedarf es der
819 Produktionsmittel als kollektives Eigentum sowie einer demokratischen Planung,
820 die die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Gesamtinteresses garantiert. Die
821 Kritik am aktuellen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem entbindet aus unserer
822 Sicht nicht vom Handeln, sondern verlangt, dass wir gemeinsam für politische
823 Veränderungen (z.B. Beschluss der 33. BMV zu Klimaschutz im 21. Jahrhundert
824 <http://www.campusgruen.de/themen/beschluesse/9061632.html>) wirken! Diese
825 Auseinandersetzung ist nicht nur als ökologische, sondern auch soziale und
826 feministische zu verstehen. Diese Zusammenhänge beschreiben wir auch als
827 nachhaltiger Entwicklung.

828 Auf Basis der vorangegangenen Ausführungen setzt sich der Campusgrün Bundesverband
829 ein für:

- 830 - einen Wandel des Verständnisses vom „Green New Deal“ (Beschluss der 19. BMV am
831 19.09.09) hin zu einer alternativen kapitalismuskritischen Sicht auf die
832 „ökologische Krise“ als Campusgrün Bundesverband
- 833 - die Verankerung von kritischen Ansätzen innerhalb gesellschafts-, insbesondere
834 auch wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge sowie in fachübergreifenden
835 Bereichen (z.B. Studium Generale, Wahlbereiche etc)
- 836 - Förderung von Forschung zu Postwachstum und demokratischem Ökosozialismus als
837 Teil dessen

838 - Thematisierung der obigen Ausführungen vom Verhältnis von Wirtschaftssystem und
839 Ökologie in Umwelt- & Nachhaltigkeitsbewegungen

840 Wir wollen nicht nur Symptome bearbeiten, sondern wirklich etwas verändern.
841 Change the System. Not the Climate.

842 Literatur

843 Rockström et al. (2009). Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating
844 Space for Humanity. [https://www.agro.uba.ar/gran-](https://www.agro.uba.ar/gran-chaco/sites/default/files/pdf/sem6/Rockstorm%20et%20al%202009.pdf)
845 [chaco/sites/default/files/pdf/sem6/Rockstorm%20et%20al%202009.pdf](http://www.camp-usgruen.de/themen/beschluesse/2814554.html)[http://www.camp-](http://www.camp-usgruen.de/themen/beschluesse/2814554.html)
846 [usgruen.de/themen/beschluesse/2814554.html](http://www.camp-usgruen.de/themen/beschluesse/2814554.html)

847 Schmelzer (2015). Spielarten der Wachstumskritik. In: Barbara Bauer et al
848 (2015).

849 Atlas der Globalisierung. Weniger is mehr. Berlin: Le Monde diplomatique/ taz
850 Verlags- und Vertriebs GmbH. Brand, U. (2015).

851 Löwy (2016): Ökosozialismus. Die radiakale Alternative zur ökologischen und
852 kapitalistischen Katastrophe. Hamburg:

853 LAIKA Stengel, O. (2011). Suffizienz. Die Konsumgesellschaft in der ökologischen
854 Krise. Wuppertaler Schriften zur Forschung für eine nachhaltige Entwicklung.
855 Band 1. München: oekom.

856 Clark, Foster und York (2011). Der ökologische Bruch. Hamburg: LAIKA

Begründung

Erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

(Bundesvorstand)

EIL-A5 inhaltliche Anträge

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 11.11.2017

Stellungnahme von Campusgrün zum Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung

857 Campusgrün begrüßt die Erstellung eines nationalen Aktionsplan Bildung für
858 nachhaltige Entwicklung. Entscheidend wird jetzt die Verbindlichkeit und
859 Ernsthaftigkeit mit der die Ziele umgesetzt werden. Das heißt auch, dass die
860 Bundesregierung nicht nur vorhandene Programme, wie das Haus der Kleinen
861 Forscher unter diesem Thema präsentiert, sondern vor allem es als
862 Querschnittsthema versteht und strukturelle Maßnahmen ergreift, die dem Gedanken
863 "Vom Projekt zur Struktur" gerecht werden. Dort wo Projekte
864 Strukturveränderungen anstoßen können, ist es wichtig klare Finanzierungs- und
865 Förderzusagen zu treffen. Die Entwicklung von Förderrichtlinien und Hinweisen
866 zum Thema Nachhaltige Entwicklung sind sicherlich sinnvoll, aber dürfen auf
867 keine Fall, der ganze Teil der Commitments des BMBFs sein.

868 Der Campusgrün Bundesverband nimmt sich selbst unter anderem folgende
869 Commitments vor:

870 - Lokale Gruppen sind jetzt bereits in Ökologie, Mobilitäts und
871 Nachhaltigkeitsreferaten aktiv. Wir setzen uns dafür ein, dass (Bildung für)
872 nachhaltige Entwicklung Studierendenvertretungsstrukturen bearbeitet wird und
873 dort wo nicht vorhanden dafür zuständige Referate geschaffen werden. Der
874 Bundesvorstand unterstützt die lokalen Gruppen dabei durch Vernetzungsangebote.

875 - Wir fordern lokal und bundesweit die Schaffung eines uniweit wählbaren
876 interdisziplinären freien Bereichs in jedem Studiengangs ein sowie legen
877 Konzepte dafür vor.

878 - Campusgrün thematisiert in Kooperationen mit anderen Hochschulgruppen,
879 Verbänden, Initiativen das Thema (Bildung für) nachhaltige Entwicklung und steht
880 im Austausch mit dazu aktiven Studierendengruppen.

881 Der Bundesvorstand wird beauftragt die Commitments nach einem Abgleich mit der
882 Beschlusslage gegebenenfalls zu ergänzen und anschließend beim BMBF
883 einzureichen.

Begründung

Inhaltliche Begründung erfolgt mündlich. Dringlichkeit liegt in der erst kürzlich veröffentlichten Stellungnahme der Bundesregierung und Zeit diese zu lesen begründet.

EIL-A6neu inhaltliche Anträge

Antragsteller*innen:

Hochschulzugang für alle ermöglichen

884 In Deutschland gibt es weiterhin ein hohes Interesse an Studienplätzen. Unter
885 anderem folgt daraus, dass die Anzahl an zulassungsbegrenzten Studiengängen
886 steigt und die NC-Grenzen sich weiter verschärfen.(CHE, 2017)

887 Das führt dazu, dass viele Studieninteressierte ihr (Wunsch)-Studium nicht
888 aufnehmen können.

889 Dadurch wird die eigene Bildung, Persönlichkeitsentwicklung und freie
890 Berufswahl eingeschränkt. Verschärft wird diese dort, wo Übergangsquoten zum
891 Master kleiner als das Interesse von Bachelorabsolvierenden gehalten wird. Nicht
892 nur muss der Master als Regelabschluss anerkannt werden, sondern auch
893 entsprechende Kapazitäten angeboten werden.

894 Wir sollten es gesellschaftlich erreichen, dass alle Interessierten auch
895 studieren können. Wichtig ist ausreichend Orientierungsmöglichkeiten vor dem
896 Studium zu geben bezüglich der Fachrichtung als auch Allgemein.

897 Zu einzelnen Maßnahmen im Kontext der Zulassungsbegrenzung haben wir bereits
898 2006 im Positionspapiers Hochschulzugang
899 (<http://www.campusgruen.de/themen/beschluesse/225822.html>)Stellung genommen und
900 stehen weiterhin dahinter. Der Bundesvorstand wir beauftragt sich auf dieser
901 Basis in die öffentliche Diskussion zum bald erwarteten NC-Urteil des
902 Bundesverfassungsgerichts einzubringen, sowie eine Positionierungen zu
903 Alternativen zum NC zu erarbeiten.

904

905 Literatur:

906 Gehlke, A., Hachmeister, C., Hüning, L., de Vries, L.(2017). Der CHE Numerus
907 Clausus-Check 2017/18: *Eine Analyse des Anteils von NC-Studiengängen in den*
908 *einzelnen Bundesländern. Verfügbar unter:*

909 http://www.chen.de/downloads/CHE_AP_199_Numerus_Clausus_Check_2017_18.pdf

Begründung

Inhaltliche Begründung erfolgt mündlich. Begründung zur Dringlichkeit. Wir haben im Zuge des zu erwartenden NC-Urteils kurzfristig festgestellt, dass zu dem Thema vor allem eine sehr alte Positionierung und nicht in der Zielsetzung umfassende vorhanden ist. Wir wollen dem kommenden Bundesvorstand deshalb mit einer aktuellen Positionierung dazu unterstützen.

G1 Aufnahme neuer Gruppen

Antragsteller*in: Moritz Zeising

**MITGLIEDSCHAFTSANTRAG DER GRUPPE "CAMPUS GRÜN OLDENBURG - EURE
GRÜN-ALTERNATIVE HOCHSCHULGRUPPE"**

884 Hiermit beantragen wir auf der nächsten Mitgliederversammlung, als
885 Mitgliedsgruppe von Campusgrün - Das Bündnis grün-alternativer Hochschulgruppen
886 aufgenommen zu werden.

887 Wir akzeptieren die Satzung von Campusgrün und bekennen uns zu sozialer
888 Gerechtigkeit, den Menschenrechten, zum Gleichgewicht zwischen Mensch und
889 Natur, zur Gewaltfreiheit und zur Gleichberechtigung.

G2 Aufnahme neuer Gruppen

Antragsteller*in: René Bloch

**MITGLIEDSCHAFTSANTRAG DER GRUPPE "CAMPUSGRÜN - GRÜNE
HOCHSCHULGRUPPE OLDENBURG"**

890 Hiermit beantragen wir auf der nächsten Mitgliederversammlung, als
891 Mitgliedsgruppe von Campusgrün - Das Bündnis grün-alternativer Hochschulgruppen
892 aufgenommen zu werden.

893 Wir akzeptieren die Satzung von Campusgrün und bekennen uns zu sozialer
894 Gerechtigkeit, den Menschenrechten, zum Gleichgewicht zwischen Mensch und
895 Natur, zur Gewaltfreiheit und zur Gleichberechtigung.

G3 Aufnahme neuer Gruppen

Antragsteller*in: Bamberger Grün-Linke Studierendeninitiative (BaGLS)

Beschlussdatum: 23.10.2017

Mitgliedsantrag der Gruppe "Bamberger Grün-Linke Hochschulinitiative (BAGLS)"

⁸³⁴ Hiermit beantragen wir auf der nächsten Mitgliederversammlung, als
⁸³⁵ Mitgliedsgruppe von Campusgrün - Das Bündnis grün-alternativer Hochschulgruppen
⁸³⁶ aufgenommen zu werden.

⁸³⁷ Wir akzeptieren die Satzung von Campusgrün und bekennen uns zu sozialer
⁸³⁸ Gerechtigkeit, den Menschenrechten, zum Gleichgewicht zwischen Mensch und
⁸³⁹ Natur, zur Gewaltfreiheit und zur Gleichberechtigung.

Begründung

Hallo liebe Mitgliederversammlung,

Leider konnte aus terminlichen Gründen niemand aus unserer Gruppe zur Mitgliederversammlung kommen. Daher stellen wir uns hier mal kurz vor:

Wir sind eine neue Gruppe von grün & links gesinnten Studis aus Bamberg und haben uns dieses Semester zusammengetan, um wieder grüne Positionen, soziale Themen und vor Allem frischen Wind in unsere Hochschulpolitik zu bringen. Die bisherige GHG ist nicht mehr aktiv und die anderen politischen Gruppen sieht man nur in der Woche vor der Wahl - zum Eis verteilen.

Wir wollen uns endlich mal den wichtigen Themen annehmen & die auch außerhalb der Gremien durchsetzen. Besonders auf folgende Inhalte wollen wir uns am Anfang konzentrieren: Radverkehr, Mensa (Essen, Umbauarbeiten, Aufladestationen,...), faire Bezahlung (Reinigungskräfte, HiWis, ...) & Ressourcenverbrauch an der Uni.

Wir hoffen, uns auch auf Bundes- & Landesebene vernetzen und mitgestalten zu können. Daher wollen wir in Campusgrün Mitglied werden.